

Schnee von gestern oder Vision für morgen? Neue Wege Sozialer Verteidigung

Christine Schweitzer

Im Sommer 2017, als die Vollversammlung der Vereinten Nationen einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beschloss, begannen die USA und Nordkorea damit, sich gegenseitig mit dem Einsatz solcher Waffen zu bedrohen.

In Osteuropa wird aufgerüstet und Truppen der NATO werden an der russischen Grenze stationiert. Russland seinerseits verlegt Truppen in den Westen und erneuert wie der Westen seine Atomwaffen. Gesprächskanäle zwischen den USA und Russland sind abgebrochen, für Rüstungskontrolle gibt es kaum noch Mechanismen, vorhandene Verträge werden nach und nach aufgekündigt.

Die NATO verlangt von ihren Mitgliedern, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben. Allein im sog. „Krieg gegen den Terror“ sind bis 2015 einer Studie der IPPNW zufolge mehr als eine Million Menschen ums Leben gekommen.

Es ist Zeit, eine Kehrtwende zu vollziehen, bevor die Eigendynamik militärischer Sicherheitslogik zu einem neuen Weltkrieg führt. Zu so einer Kehrtwende kann das Konzept der Sozialen Verteidigung wichtige Impulse liefern.

Soziale Verteidigung – Was ist das?

Soziale Verteidigung ist ein Konzept, das in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts entwickelt wurde – mit Vorläufern aus der Zeit schon vor dem 2. Weltkrieg. Es ging darum, eine waffenlose Alternative zu militärischer Verteidigung in einer Zeit aufzuzeigen, wo das dominante Kriegsszenario in Europa und Nordamerika das eines Krieges mit dem Ostblock war. Eines Krieges, der mit Atomwaffen geführt werden und bei dem es keine Gewinner geben würde, sondern nur weltweite Vernichtung.

Auf der Basis der Erfahrung mit einer – damals zunächst recht kleinen – Anzahl

von Beispielen gewaltfreien Widerstands gegen Besatzung und Putsche (u.a. Widerstand gegen den Kapp-Putsch in Deutschland, Aufstand im Ruhrgebiet gegen die französische Besatzung, der Widerstand der Lehrer*innen in Norwegen gegen die nationalsozialistische Gleichschaltung, Prag 1968) wurde die Idee entwickelt: Eine Verteidigung nicht der Grenzen und des Territoriums, sondern eine Verteidigung der Lebensweise und der Institutionen. Der Grundgedanke dabei, dem man seine Herkunft aus den Bedrohungen des Kalten Krieges deutlich ansieht, war: Ein Besatzer würde das Ziel haben, sein politisches Regime dem besetzten Land aufzuzwingen. Dafür braucht er die Mitarbeit der Bevölkerung – wenn keine*r die Anweisungen der Besatzungssoldat*innen befolgt, keine*r zu Parteiversammlungen geht, kein*e Lehrer*in die neuen Curricula umsetzt, dann mag der Besatzer zwar überall seine Truppen stehen haben, aber sein Kriegsziel erreicht er nicht. Die Mittel: Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem Besatzer, wobei Behördenmitarbeiter*innen eine Schlüsselstellung einnehmen würden, dazu Streiks und andere Formen innovativer, einfallreicher gewaltfreier Aktionen. Professor Theodor Ebert, einer der Gründer des BSV, war es, der das Konzept hier in Deutschland bekannt machte und mit der „dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration“ eine Methode vorschlug, wie Arbeitnehmer*innen anders als durch Streik Widerstand gegen die Übernahme ihrer Firmen und Behörden leisten könnten.

Dem Einwand, ob das denn realistisch sei, wenn der Besatzer zu massiver Gewalt greifen würde, um Gehorsam zu erzwingen, wurde gewöhnlich damit geantwortet, dass zwar mit Gewalt gerechnet werden müsse, dieser aber Grenzen gesetzt sein dürften, weil der Besatzer sich international gegenüber einem gewaltfrei agierenden Gegner hoffnungslos ins Unrecht gesetzt habe.



So viele Menschen wie beim Kongress „Wege zur Sozialen Verteidigung“ 1988 erwarten wir zu unserer Jahrestagung 2018 nicht, aber wir freuen uns schon jetzt über alle Anmeldungen. Foto: bsv



Der Studientag des Instituts für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung zu „Reden mit Andersdenkenden“ war gut besucht. Foto: cs



Nonviolent Peaceforce organisierte im Dezember einen Workshop für Organisationen in Südostasien, die dort Ziviles Peacekeeping betreiben.

Foto: cs

Diesmal außerdem

Belarus: Arbeit gegen die Gewalt gegen Frauen

Strategien gegen die Militarisierung der Jugend

Ecuador-Peru: Ein unbekanntes Beispiel der Konfliktbearbeitung u.a.m.

Liebe Leserin, lieber Leser,

das neue Jahr hat so begonnen, wie das alte aufgehört hat – eine neue Regierung steht immer noch nicht fest, aber es schaut so aus, als ob die Probleme die alten bleiben würden: Weitere Annäherung der großen Parteien an die Forderungen und Positionen der Rechten vor allem in Bezug auf Flucht und Migration, ungehemmter Rüstungsexport, massive Erhöhung des Rüstungsetats, Hintanstellung von Maßnahmen zum Klimaschutz ... die Liste könnte fortgeführt werden. Und auch international ist die Lage weiter beängstigend, auch wenn es im Moment so aussieht, als ob der Sport sowohl auf der koreanischen Halbinsel wie vielleicht auch im Sommer in Russland zu einer gewissen Deeskalation beitragen könnte.

Was steht für uns, was steht für die Friedensbewegung in diesem Jahr an? Atomwaffen, Erhöhung des Rüstungshaushalts und die aktuellen Krisen (wozu auch weiter Syrien gehört) sind wohl die wichtigsten Themen. Wir als BSV werden wie immer daran arbeiten, uns mit konstruktiven Vorschlägen für die gewaltfreie Transformation von Konflikten in die öffentliche und friedensbewegte Debatte einzubringen.

Wir wünschen wie immer eine angeregte Lektüre.

Christine Schweitzer
für das BSV-Team



Aktion der Kampagne „MACHT FRIEDEN“ gegen die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Syrien am 11.12.17.

Foto: Netzwerk Friedenskooperative

Fortsetzung von Seite 1

Der Bundeskongress Soziale Verteidigung 1988

Vor 30 Jahren, im Juni 1988, einem Jahr vor der „Wende“, die sich damals noch niemand vorstellen konnte, kamen 1.000 Menschen in Minden (Ostwestfalen-Lippe) zusammen, um dort über Soziale Verteidigung zu diskutieren. „Ohne Waffen, aber nicht wehrlos. Wege zur Sozialen Verteidigung“ war der Titel des Bundeskongresses, der von einem Trägerkreis aus verschiedenen großen und kleinen Organisationen der Friedensbewegung und interessierter politischer Parteien ausgerichtet wurde.¹

Angesichts der Abrüstung bei den Mittelstreckenraketen und der Entspannung zwischen Ost und West war dieser Kongress durch die Fragen bestimmt, ob nicht, wie Theodor Ebert argumentierte, der erste Testfall für Soziale Verteidigung eintreten könnte, wenn eine deutsche Regierung eine radikale politische Wende hin zu vollständiger Abrüstung und einer ökologisch nachhaltigen Politik vollziehen würde. Denn dann bestehe auch die Gefahr eines Putsches durch Kreise, die diese Wende nicht wollten. Und es wurde auf der Tagung (und in den ersten Jahren des Bunds für Soziale Verteidigung, der in Nachfolge zu dem Kongress ein Jahr später gegründet worden war), darüber gestritten, ob die Vorstellung einer „Einführung von Sozialer Verteidigung durch eine Regierung“ realistisch sei, oder ob eine solche Wende nicht von unten durch gewaltfreien Widerstand erkämpft werden müsse?

Hin zu neuer Aktualität Sozialer Verteidigung

1989 brach der Ostblock zusammen und für eine kurze Zeit schien die Gefahr eines „großen Krieges“ gebannt. Der Satz, „wir sind nur noch von Freunden umgeben“, machte die Runde. Was folgte, ist bekannt: Die Bundeswehr schüttelte ihre verfassungsmäßige Begrenzung auf Europa ab, die NATO agierte zunehmend als weltweiter Akteur, bis die „Freiheit am Hindukusch verteidigt“ wurde, nach 2001 lieferte

der „Krieg gegen den Terror“ die Rechtfertigung für immer weitere Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik. Und spätestens seit dem bewaffneten Konflikt in der Ukraine wird auch zunehmend wieder von der Gefahr eines Krieges in Europa gesprochen.

Der BSV führte zusammen mit dem Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktbearbeitung 2005 ein Fachgespräch zum Thema der Sozialen Verteidigung durch. Damals beschäftigte uns u.a. die Frage, ob Soziale Verteidigung ein Konzept sei, das auch in Bürgerkriegen von Bedeutung sein könnte.² Doch generell scheint es still geworden um Soziale Verteidigung, auch in der Friedens- und Bewegungsforschung. Scheinbar. Denn in der Tat sind in den letzten fünfzehn Jahren viele Studien geschrieben und Trainingskonzepte entworfen worden, die sich mit zivilem Widerstand befassen.³ Interessant dabei ist, dass diese neuen Untersuchungen in vielen Fällen das bestätigen, das schon in früheren Publikationen zu Sozialer Verteidigung empfohlen wurde. Der Begriff „Soziale Verteidigung“ wird in diesen Studien i.d.R. nicht benutzt, aber was sie beschreiben, ist Soziale Verteidigung – der gewaltfreie Widerstand gegen Besatzer und Diktatoren und wie Bevölkerungen es vermieden, in Kriege mit hineingezogen zu werden, die um sie herum tobten.

Diese neuen Lehren werden auch eines der Themen unserer Jahrestagung sein, die 2018 stattfinden wird (Programm siehe Seite 8 dieses Rundbriefs).

Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin des BSV.

¹ Die Dokumentation der Tagung kann als PDF von unserer Website heruntergeladen werden: http://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/bsv/Bundeskongress_Wege_zu_Sozialen_Verteidigung_1988.pdf

² Siehe die Dokumentation des Fachgesprächs auf unserer Website: <http://bit.ly/2Btjohn>

³ Siehe auf unserer Website: „Soziale Verteidigung und Gewaltfreier Aufstand Reloaded. Neue Einblicke in zivilen Widerstand“; <http://bit.ly/2mPa6mM>

Hintergründe zum Disput zwischen Peru und Ecuador

Erfolgreiche Konflikttransformation – aber kaum eine*r kennt sie

Theresa Bachmann

Beim Anblick des tropischen Bergregenwaldes im dünn besiedelten Grenzgebiet der beiden südamerikanischen Staaten Peru und Ecuador mag es verwundern, dass es ausgerechnet dort jahrzehntelang jederzeit zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommen konnte. Doch bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrags von Brasília 1998 wurde einer der artenreichsten Hotspots biologischer Diversität weltweit regelmäßig Zeuge militärischer Zwischenfälle. Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit haben sich seitdem tiefgreifende Veränderungen vollzogen. Diese wurden im Rahmen des „Think Peace“-Projekts in einem vom BSV entwickelten Comic aufgegriffen. Angesichts des geringen Bekanntheitsgrads des Konflikts zwischen Peru und Ecuador, widmet sich daher nicht nur das neueste HuD des BSV den Hintergründen dieses Disputs, sondern auch der vorliegende Rundbrief-Beitrag.

Um was ging es?

Die Wurzeln der Kontroverse um den exakten Grenzverlauf im Amazonas-tiefland reichen weit zurück. Nach der Unabhängigkeit von Spanien bestand zwar grundsätzlich Konsens darüber, die Territorien der neu entstehenden Nationalstaaten gemäß den Verwaltungseinheiten aus der Kolonialzeit zu ziehen. Die umstrittene Region wurde jedoch aufgrund der schwierigen geographischen Bedingungen weder von Peru noch von Ecuador effektiv kontrolliert. Dennoch kam es seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu mehreren Kriegen um den Zugang zum Amazonas, in denen sich Peru militärisch gegen seinen kleineren, politisch unbedeutenderen und wirtschaftlich schwächeren Nachbar durchsetzen konnte. Tatsächlich ging es aber um mehr: Außenpolitische Konflikte können intern für eine größere Legitimation der Regierung sorgen. Vor allen Dingen beeinflussen sie aber auch Identitätsfragen. Für Ecuador stand diesbezüglich im Vergleich zu Peru mehr auf dem Spiel, da es um nicht

weniger als die Selbstwahrnehmung als Amazonasstaat ging. Ein Amazonasstaat ohne Zugang zum Amazonas? Undenkbar!

Galtung'sche Theorie in Aktion

Nach dem Ausbruch mehrerer Kriege im Laufe des 20. Jahrhunderts, versuchten Brasilien, Argentinien, Chile und die USA zu vermitteln. In der Tat kam es immer wieder zur Unterzeichnung von Friedensverträgen, die sich jedoch als äußerst brüchig erwiesen. Im Anschluss an den bislang letzten Krieg 1995 wurde daher der norwegische Friedensforscher Johan Galtung als Vermittler hinzugebeten. Dessen sogenanntes Transcend-Verfahren wurde in der Folge maßgebend für die Verhandlungen: Verkürzt ausgedrückt geht es darum, über direkte Gespräche mit allen Beteiligten, Empathie und Kreativität auch unsichtbare Konfliktursachen struktureller Natur zu erkennen und anzugehen, da die reine Bekämpfung oberflächlicher Streitpunkte keine nachhaltige Transformation nach sich zieht. Im Fall des ecuadorianisch-peruanischen Konflikts drückte sich dies beispielsweise in dem innovativen Vorschlag aus, im Grenzgebiet gemeinsam verwaltete Natur-/Friedensparks einzurichten: „Sie haben sich darüber gestritten, welche Bäume gepflanzt werden soll-

ten, aber wenige Länder führen darum Krieg.“¹ Profitiert haben davon alle: die Natur, die Bewohner wie ihre respektiven Staaten.

20 Jahre später – stabiler Frieden zwischen Peru und Ecuador?

Wer heute die Grenze zwischen den beiden Staaten überschreiten will, wird nichts Besonderes mehr feststellen können. Seit über 20 Jahren hat es keinen Krieg mehr gegeben. Mehr noch, das bilaterale Verhältnis der früheren Konfliktparteien ist sowohl auf politischer wie auf gesellschaftlicher Ebene besser denn je, die sozio-ökonomischen Indikatoren bestätigen den beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung der zuvor von extremer Armut gekennzeichneten Region und auch in Bezug auf die gemeinsam verwalteten Naturbeziehungsweise Friedensparks zum Schutz der ökologischen Vielfalt wird eng kooperiert. Eine echte Erfolgsgeschichte also. Heißt das, dass es keine Kontroversen mehr gibt? Mitnichten! Als Ecuador im Juli letzten Jahres den Bau einer Mauer an der Grenze zu Peru einleitete, schienen für kurze Zeit alte Konfliktlinien wieder aufzubrechen. Doch nach wenigen Tagen konnte die Situation in Gesprächen entschärft werden. Diese Episode zeigt den wahren Erfolgsgrad der Verhandlungen.



Brücke über den Nangaritzta Fluss in der Cordillera del Condor.

Foto: Andrew Neild (CC BY-NC-ND 2.0) <https://www.flickr.com/photos/andrewneild/33125470296>

Christine Schweitzer



Benno (hier bei der BSV-Jahrestagung 2017), wir werden Dich vermissen!
Foto: cs

Wechsel im Bildungsprojekt

Unser Bildungsreferent Benno Malte Fuchs verlässt den BSV zu unserem Bedauern Ende Januar. Er kehrt in seine Heimat Köln zurück, wo er u.a. ein Wohnprojekt aufbauen will. Wir hoffen aber – abhängig vom Erfolg von zwei neuen Förderanträgen für die Fortsetzung unserer Bildungsarbeit – die Stelle zum April für weitere 15 oder 18 Monate wieder besetzen zu können.

Unsere Angebote zur Durchführung von Veranstaltungen zu internationaler Ziviler Konfliktbearbeitung bestehen aber weiterhin!

Fortsetzung von Seite 3

gen: Im Gegensatz zur Entwicklung nach früheren Kriegen werden bei Uneinigheiten heute in einem wesentlich stärkeren Ausmaß gewaltfreie Methoden in Betracht gezogen. Militärische Lösungen stellen keine valide Option mehr dar. Schritt für Schritt hat sich nachhaltiger, stabiler Frieden entwickeln können, sodass mit der Beilegung des am längsten anhaltenden Konflikts des Kontinents die

Belarus-Projekt

Die Arbeit von Andrea Hapke zur Unterstützung unserer Partnerorganisation „Unser Haus“ in Belarus ist im Spätherbst 2017 zu Ende gegangen. Andrea bleibt dem BSV aber weiter verbunden – wir hoffen u.a. auf die Genehmigung eines Förderantrags für die Durchführung von zwei Trainings mit Aktivistinnen in Belarus im Herbst 2018.

Dokumentation des Fachgesprächs zur Bildungsarbeit

Die Dokumentation unseres Fachgesprächs zu „Globaler Frieden Goes Mainstream“, das im Oktober 2017 in Heidelberg stattgefunden hat, ist fertig. Sie kann als PDF von unserer Webseite heruntergeladen werden: <http://www.soziale-verteidigung.de/news/meldungen/dokumentation-des-fachgesprachs-zur-friedensbildung-erschiene/>

Ziviles Peacekeeping

Ende Januar hat der BSV-Vorstand die Kampagne zum Zivilen Peacekeeping ausgewertet. Wir werden im nächsten Rundbrief berichten.

Im Dezember nahm BSV-Geschäftsführerin Christine Schweitzer an einem Workshop von Nonviolent Peaceforce in Manila teil. Dort ging es um „good practices“ im Zivilen Peacekeeping;

Selbstwahrnehmung südamerikanischer Staaten als der „Friedensregion“ ein Stück mehr Realität geworden ist.

Theresa Bachmann absolvierte nach ihrem Abschluss in Lateinamerikastudien von Oktober bis Dezember 2017 ein Praktikum beim BSV. Währenddessen erarbeitete sie Unterrichtsmaterialien für Schulen und verfasste ein neues Hintergrund- und Diskussionspapier zum Peru-Ecuador-Konflikt. Dieses ist über den BSV-Shop seit kurzem online erhältlich.

Christine wurde mit der Dokumentation des Workshops beauftragt.

Planspiel: Coltan und Waffenhandel

Samstag 17.03.2018, 10.00 – 17.00 Uhr in Köln beim Friedensbildungswerk Köln

Thema des Planspiels sind die Verknüpfungen zwischen den Konflikten in einem afrikanischen Land und der Wirtschaft des Nordens am Beispiel von Waffenhandel und Coltanabbau. (Coltan ist ein Mineral, das u.a. für den Bau von Handys Verwendung findet.)

Aufbauend auf Informationen über die Situation in der Demokratischen Republik Kongo, einem Land, das durch Jahrzehnte Bürgerkrieg geprägt ist, wird eine fiktive (ausgedachte) Situation vorgegeben, die von den Spieler*innen bearbeitet werden soll. Im Mittelpunkt steht dabei eine Eine-Welt-Jugendgruppe, die auf diese Situation reagieren will. Weitere Spielgruppen sind die Bundesregierung und ein (fiktives) kongolesisches Bündnis von Nichtregierungsorganisationen. Bei einer größeren Zahl an Teilnehmer*innen werden evtl. weitere Spielgruppen eingerichtet.

Anmeldung erforderlich, bitte direkt beim Friedensbildungswerk Köln, / Kurs 77-B3 / Preis 10 Euro, per E-Mail an [fbkkoeln\(at\)t-online.de](mailto:fbkkoeln(at)t-online.de).

¹ Gavin, Alice (2006): Conflict Transformation in the Middle East: Dr. Johan Galtung on Confederation in Iraq and a Middle East Community for Israel/Palestine. In: PeacePower (Berkeley's Journal of Principled Nonviolence and Conflict Transformation) 2(1), S. 6-7. - Online unter: http://www.calpeacepower.org/0201/PDF/galtung_transcend.pdf [11.12.2017]. eig. Übersetzung.

Frauen in Belarus

Sich gegenseitig stärken und neue Räume öffnen

Andrea Hapke

„Frauen in Belarus setzen sich für Gewaltfreiheit und Teilhabe von Frauen ein“ - mit diesem Projekt setzte sich die belarussische Nichtregierungsorganisation „Unser Haus“ 2017 die Stärkung zivilgesellschaftlicher Aktivistinnen zum Ziel. „Unser Haus“, langjährige Partnerorganisation des BSV, versteht sich als ein Zentrum zur Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen und hat seit 2005 ein breites Netzwerk von Aktivist*innen im ganzen Land aufgebaut. Der Fokus auf Frauen war neu und entstand aus der Beobachtung, dass es spezifische Formen der Gewalt gibt, mit denen gesellschaftspolitisch aktive Frauen in Belarus von staatlichen Institutionen in ihrem Aktivismus behindert werden. (Siehe auch Rundbrief 4/16.) Das Projekt führte alle Beteiligten auf eine erkenntnisreiche und in vieler Hinsicht erfolgreiche Reise. Als Prozessbegleiterin und Trainerin des BSV war ich mit unterwegs und gebe aus dieser Perspektive einen ersten Einblick in die Entwicklungen und Erfolge des letzten Jahres.

Es klingt vielleicht banal und ist es überhaupt nicht: Das Projekt hat Frauen zusammen gebracht. Denn wie sich gezeigt hat, gibt es in Belarus viele aktive Frauen, die in verschiedenen Ecken des Landes ihre oft einsamen Kämpfe mit den Behörden kämpfen. Und auch die Frauen, die sich bereits kannten, sind - wie viele der zivilgesellschaftlichen Aktivist*innen und Organisationen - oft nur virtuell vernetzt. Auch ein Großteil der Kommunikation in „Unser Haus“ findet im Internet statt. Durch das Projekt wurden Räume für reale Treffen und Verbindungen geschaffen, die vielen Frauen eine neue Perspektive eröffneten.

Eine wichtige Rolle spielt eine Gruppe von Multiplikatorinnen. Das sind 16 Frauen von Anfang 20 bis Mitte 60 aus verschiedenen Regionen. Sie nahmen an einer Reihe von Trainings zur Arbeit in selbstorganisierten Gruppen teil. Dort fanden sie einen Ort für persönliches Wachstum, die Entwicklung ihrer Stärken und erfuhren gegenseitige Unterstützung und Wertschätzung. So



Frauen bei einem Workshop in Belarus bauen eine menschliche Skulptur.

Foto: Nash Dom

gestärkt wurden sie tätig: Sie leiteten Teambildungsprozesse, durch die eigenständig arbeitende Teams innerhalb von „Unser Haus“ entstanden, z.B. ein Team für Öffentlichkeitsarbeit. Sie organisierten Treffen und Trainings für Frauen in ihrem Umfeld: ein Kommunikationstraining, ein Training zur Durchführung von Mahnwachen, ein Treffen zum Verhältnis von Religion und Frauenrolle... Eine Frau brachte Mütter von Soldaten zusammen, damit sie ihre Anliegen besprechen können. Eine andere fand neuen Mut, um ein Treffen ihrer Frauengruppe zu organisieren, die vor anderthalb Jahren mit einer Unterschriftenkampagne gescheitert und seitdem nicht mehr zusammen gekommen war. Die Projektleiterin staunt: „Du glaubst gar nicht, wie aktiv die Frauen geworden sind! Sie kommen und erzählen mit leuchtenden Augen von Treffen und Ideen.“

Sehr wichtig waren auch die Monitoringberichte, die eine Projektmitarbeiterin erstellte. Für diese reiste sie quer durch das Land, um sich mit Frauen zu treffen, und führte Tiefeninterviews mit ihnen. Dadurch wurde wertvolles Wissen zum Aktivismus von Frauen und auch über die Konflikte zwischen

den Frauen und staatlichen Stellen gesammelt. Doch ihre Tätigkeit hatte noch einen ganz anderen wichtigen Effekt: Die Frauen wurden aus ihrer Isolation herausgeholt. Einige haben ein unterstützendes Umfeld und sind bereits Teil einer Gruppe. Doch viele sind isoliert und sind manchmal auch so sehr in ihre Konflikte mit Behörden verstrickt, dass sie am Ende ihrer emotionalen und physischen Ressourcen sind. Die Interviews wurden für sie oft zu einem ersten Anker. Hier wie auch an anderen Stellen im Projekt erfuhren die Frauen, wie wichtig es ist, dass jemand zuhört, dass Gefühle ausgedrückt werden können und dass sie nicht allein sind.

Viel ist in Bewegung gekommen, und ich könnte noch viel mehr erzählen. Ein wichtiger Anfang ist gemacht. Nun geht es darum, die Nachhaltigkeit dieser Prozesse zu sichern.

Andrea Hapke ist als Projektmitarbeiterin im BSV für die Zusammenarbeit mit unseren Partner*innen in Belarus zuständig.

Das Projekt wurde 2017 durch zivik, das Programm für Zivile Konfliktbearbeitung beim Auswärtigen Amt, gefördert. Im Moment sind „Unser Haus“ und der BSV auf der Suche nach neuen Finanzierungsquellen.

Gegenstrategien zu Armee-Propaganda

Von der Basisaktion über die Landespolitik bis zur Bundesebene

Michael Schulze von Glaßer

Die „Karriereberater*innen“ der Bundeswehr fantasierten nicht, als im Mai letzten Jahres im nordhessischen Baunatal gleich fünf bunte Einhörner vor den ausgestellten Panzern und ihrem „Karriere-Truck“ auftauchten. Eigentlich wollte die Armee dort Nachwuchs werben, nun wurden sie durch Aktivist*innen in Kostümen der Fabelwesen gestört – die jungen Leute verteilten Aufkleber an Schüler*innen, auf dem ein Einhorn zu sehen war, welches einen Regenbogen auf ein Eisernes Kreuz der Bundeswehr kotzt: „Bundeswehr? Zum Kotzen!“ stand darauf. Die Aktion der „Unicorns against Uniforms“ mag auf den ersten Blick lächerlich erscheinen, beim jungen Publikum kam sie aber an: Die Aufkleber wurden den Einhorn-Aktivist*innen nahezu aus der Hand gerissen, und es kamen interessante Gespräche zustande. Die Bundeswehr-Werber*innen schauten dem Treiben argwöhnisch zu – die bunten Einhörner vor aller Augen wegzuschicken trauten sie sich scheinbar nicht und scheuten den Konflikt. Nur ein Beispiel für eine erfolgreiche Vor-Ort-Aktion gegen Bundeswehr-Werbung. Angesichts von allein rund 150 solcher Werbeauftritte der Bundeswehr auf Berufsmessen pro Quartal aber auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Um Armee-Werbung einzudämmen, braucht es strukturelle Veränderungen.

Ein Ort dafür sind beispielsweise Schulen: Jugendoffizier*innen haben 2016 über 115.000 Schülerinnen und Schüler erreicht – meistens mit Vorträgen. Hinzu kommen noch Auftritte von „Karriere“-Berater*innen der Bundeswehr an Schulen. Mittlerweile haben rund ein Dutzend Schulen in ihren Konferenzen beschlossen, Soldat*innen nicht mehr für Veranstaltungen auf das Schulgelände zu lassen – Schule soll ein Raum sein, wo Gewaltfreiheit und zivile Konfliktlösung gelehrt wird, so häufig die Argumentation. Zwar ist die Zahl bundeswehrfreier Schulen noch gering – sie steigt jedoch langsam aber stetig an.

Auf lokalpolitischer Ebene kann man sich dafür einsetzen, dass die Meldedaten junger Menschen nicht mehr an

die Bundeswehr weitergegeben werden. Die Datenweitergabe ist noch ein Relikt aus Wehrpflicht-Zeiten – nun werden sie von der Armee dafür genutzt, Werbeproschüren an fast volljährige Jugendliche zu schicken. Lokalpolitische Initiativen können hier Aufklärung fordern – das Ganze als Thema setzen – und auch weitere Anfragen zu Bundeswehr-Auftritten in der Stadt stellen: Nicht selten wurden die einseitigen Werbe-Auftritte von Soldat*innen so schon zum Politikum.

Da Bildungspolitik Ländersache ist, ist es auch wichtig, auf dieser Ebene gegen Armee-Werbung aktiv zu werden. Erst die seit 2008 abgeschlossenen – mittlerweile acht – Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und dem jeweiligen Schulministerium haben die Proteste gegen Jugendoffiziere an Schulen entfacht. Zwar konnte noch keine der umstrittenen Vereinbarungen rückgängig gemacht werden, aber immerhin wurden einige nach Protesten abgeschwächt. Theoretisch wäre es sogar – mit Verweis auf die Landesschulgesetze, die nicht selten Gewaltfreiheit als Bildungsziel festgeschrieben haben – möglich, die Bundeswehr über die Landesebene ganz aus Schulen zu verbannen. Entsprechende bisherige, vor allem von Parteien ausgehende, Initiativen konnten

bislang aber keine durchgreifende Änderung erwirken und scheiterten am Widerstand pro-militärischer politischer Kreise.

Die Bundesebene ist wiederum die Ebene, der die Bundeswehr unterstellt hier. Hier kann die Armee als Organisation angegangen werden. So gab es schon mehrfach Initiativen, die Einheit der Jugendoffizier*innen in Gänge aufzulösen – was im Bundestag jedoch immer auf breite Ablehnung stieß. Auch das immer kontroversere Thema Minderjähriger bei der Bundeswehr wird auf bundespolitischer Ebene diskutiert und entschieden. Getan hat sich bei dem Thema aber trotz großer Initiativen noch nichts. Erfolgreich ist hingegen die Informationsarbeit, die über Bundestags-Anfragen geleistet werden kann – und schon wird: Auftritte von Jugendoffizier*innen und „Karriere“-Berater*innen werden so bekannt und auch weitere Informationen über die Werbestrategie der Bundeswehr gegeben. Dies liefert zumindest die Basis für Initiativen, die sich für Gewaltfreiheit und Zivile Konfliktbearbeitung und gegen Armee-Werbung für Auslandseinsätze und eine aggressive Militärpolitik einsetzen.

Michael Schulze von Glaßer ist politischer Bundesgeschäftsführer der DFG-VK.



Kinder bei einer Waffenmesse in Tschechien. Ähnliche Bilder gibt es auch aus Deutschland.

Foto: <https://antimilii-youth.net/articles/2017/11/militarisation-youth-czech-republic>

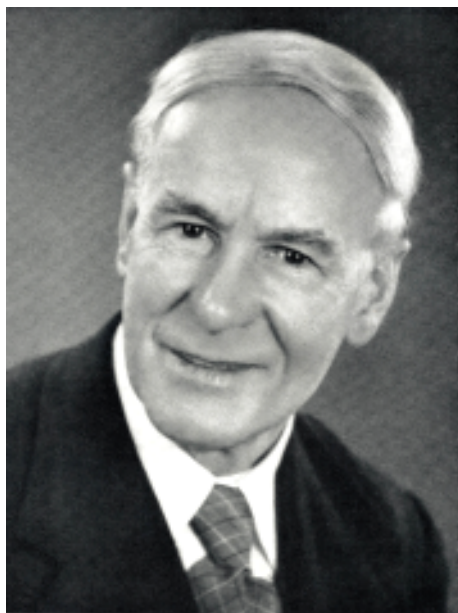
Gewaltfreie Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden

Erfahrungen, Anregungen, Herausforderungen vom IFGK-Studientag 2017

Martin Arnold

Wie können und wollen wir gewaltfrei-gütekraftig umgehen mit der Brutalisierung des öffentlichen Diskurses seit „Pegida“ und den erschreckenden AfD-Erfolgen? 35 Friedensengagierte, auch Studierende, von Brandenburg bis Köln, von Freiburg bis Hamburg kamen zum IFGK-Studientag 2017.

Martin Arnold eröffnete die Tagung mit einem Blick in deutsche Vergangenheit: „... allen Bruder sein ...' Erfolgs- und Grenz-Erfahrungen des britischen Quäkers Corder Catchpool bei Gesprächen mit Nazis im Deutschland der 1930er Jahre“. Catchpool, der in den 1930er Jahren in Deutschland arbeitete, ermöglichte, dass der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin Ernst Reuter von den Nazis aus dem KZ entlassen und der Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky im KZ „am Leben gehalten“ wurde. Vielen Verfolgten und deren Angehörigen kam sein großer Einsatz für Menschlichkeit zugute. Nach Quäker-Art sprach er „das innere Licht in jedem Menschen“ an. Einen politischen Stopp der Grausamkeiten erreichten die Quäker jedoch nicht. Eine Lehre: Gesprächsebenen (persönlich, öffentlich usw.) sind zu unterscheiden! (Vgl.:



Corder Catchpool 1952. Foto: aus Hughes 1956

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/011115.html>)

Mit Roland Schüler, Friedensbildungswerk Köln, ging es dann um Aktuelles: „Auf ein Wort – Argumente gegen rechtspopulistische Aussagen“. Wichtige Erkenntnis: Mit Rechtspopulist*innen und Mitläufer*innen reden? Ja! Mit ihnen öffentlich diskutieren, z.B. in einer Podiumsdiskussion? Nein! Denn auch wenn das Verhalten auf dem Podium verbindlich begrenzend verabredet wurde, provozieren Sympathisant*innen im Publikum stets so, dass nur noch ihre Themen (Flüchtlinge usw.) vorkommen. „Alle dürfen ihre Meinung sagen, das ist Demokratie. Das bedeutet aber nicht, dass jede Meinung ernst zu nehmen ist, jedem Unfug zuzuhören sei oder jeder verdrehten These ein Forum in den Medien/ sozialen Netzwerken zu geben sei.“ Deshalb: Reden mit extremen und populistischen Menschen sollte im Einzelgespräch oder in einem geschützten Dialograum (wie in der Mediation) passieren! (Vgl. <http://www.friedensbildungswerk.de/Bilder/pdf/Schueler-Mediation-und-Pegida.pdf>)

Mine Röber, Friedenskreis Halle, brachte uns per Video ihre Forschungsergebnisse für den Umgang mit rechten Mitläufer*innen und Sympathisant*innen nahe: „Gewaltfreie Kommunikation mit Nazis?“. Gewaltfreie Kommunikation bedeutet, unbefriedigte Bedürfnisse der anderen Beteiligten, z.B. nach Aufmerksamkeit, Wertschätzung, Bedeutsamkeit, zu verstehen. Aber wie menschenfeindliche Haltungen in die Schranken weisen - durch Paroli-Bieten in Kombination mit Vertrauensaufbau? Röber ermutigte zum Experimentieren, wie über die persönliche Ebene hinaus auch mit den strukturellen und kulturellen Herausforderungen umzugehen ist. Vgl.: <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/gewaltfreie-kommunikation-mit-nazis>

Nach der Mittagspause berichtete Christoph Besemer, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, von einem Dialogversuch mit einem Bundeswehr-Befürworter. Mit einem Experiment begann der Dialog 2014 bei der Versöhnungsbund-100-Jahrfeier, wurde dann per E-Mail wieder aufgenommen, aber aus Zeitgründen einige Jahre später abgebrochen. Reflektion: Es ist wichtig, nicht andere in die Minderposition zu bringen (nach Pat Patfoord, s. Christoph Besemer, 1999: Konflikte verstehen und lösen lernen). Christoph Besemer reflektierte auch seine eigenen Grenzen und brachte dies in den Dialog ein. Es kann „unüberwindbare Perspektiven-Divergenzen“ geben.

Bei der Schluss-Reflektion mit Gudrun Knittel „Perspektiven-Wechsel“ berührte mich das Zeugnis einer Migrantin, wie durch fremdenfeindliche Äußerungen Angst entsteht. – Eigene Anteile an dem Abgelehnten reflektieren! – Zu wenig besprochen wir Extremismus auf der Antifa-Seite: Wo sollen die Gemeinten denn bleiben, wenn die Parole heißt: „Nazis raus aus XY!“? – Schöne Initiative, um Shit-Storms aus dem quasi-öffentlichen Raum Facebook zu begegnen: <http://love-storm.de/love-storm/> – Viel Zufriedenheit über den Studientag, mehrere Teilnehmende wünschten eine vertiefende Fortsetzung.

Dr. Martin Arnold, Essen, hat erforscht, wie gewaltfreies Vorgehen zu mehr Frieden, Gerechtigkeit und Menschlichkeit führt: Durch die Mobilisierung der in jedem Menschen angelegten Gütekraft. Siehe www.Martin-Arnold.eu

Wer mehr wissen möchte: William R. Hughes (1956): *Indomitable Friend*. Corder Catchpool 1983-1952, London: G. Allen & Unwin.

Der nächste Studientag des IFGK findet am 17. November 2018 statt.

Friedenspolitische Tagung 2018

Schnee von gestern oder Vision für morgen? Neue Wege Sozialer Verteidigung

20.-22.4.2018 in der Jugendherberge Braunschweig

<p>Freitag</p> <p>18.00 Anreise, Abendessen</p> <p>18.45 Begrüßung</p> <p>19.15 „Ein Blick auf die Soziale Verteidigung“ Prof. Dr. Theodor Ebert, Friedensforscher; Roland Vogt, Friedensforscher</p> <p>20.00 Podium: „Soziale Verteidigung 1988 und heute“ Dr. Barbara Müller, IFGK; Dr. Ute Finckh-Krämer, BSV; Christoph Besemer, Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden; Winfried Nachtwei, Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>21.30 Informeller Ausklang</p> <p>Samstag</p> <p>7.30 Frühstück</p> <p>9.00 Begrüßung</p> <p>9.15 Vortrag: „Ziviler Widerstand und Soziale Verteidigung – was wir heute über die Realität von SV wissen“ Dr. Christine Schweitzer, BSV</p> <p>10.15 Vorstellung der Arbeitsgruppen</p> <p>10.30 Pause</p>	<p>10.45 Arbeitsgruppen:</p> <p>1. Soziale Verteidigung als alternatives Sicherheitskonzept für die deutsche Politik Ulrich Stadtmann, Minden</p> <p>2. Soziale Verteidigung als Konzept Sozialer Bewegungen: Soziale Verteidigung = Gewaltfreie Aktion = Ziviler Ungehorsam – oder wie? Renate Wanie, BSV und Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden</p> <p>3. Soziale Verteidigung – eine realistische Alternative für Osteuropa? Björn Kunter, BSV</p> <p>4. Friedenslogik: Soziale Verteidigung und Friedenslogik – wie passt das zusammen? Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Friedensforscherin</p> <p>12.30 Mittagessen</p> <p>14.00 Berichte der Arbeitsgruppen</p> <p>14.30 Panel: „Soziale Verteidigung heute“</p> <p>1. Vorstellung des Papiers der Ev. Kirche Baden: „Von der militärischen zu einer zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040“</p> <p>2. Reaktionen von Panelteilnehmer*innen</p> <p>3. Diskussion mit allen Theodor Ziegler, Ev. Kirche Baden;</p>	<p>Dr. Edelgard Bulmahn, SPD; Florian Kling, Darmstädter Signal</p> <p>16.45 Pause</p> <p>17.00 World Café:</p> <p>1. Was habe ich aus den Workshops und dem Panel mitgenommen?</p> <p>2. Was heißt das für die Arbeit der Friedensbewegung konkret?</p> <p>3. Welche Fragen habe ich an die SV? Wo bin ich noch nicht ganz zufrieden mit ihr? Wo kann sie mich (noch) nicht überzeugen? Gemeinsamer Abschluss im Plenum</p> <p>18.30 Abendessen</p> <p>19.30 Bunter Abend</p> <p>Sonntag</p> <p>7.30 Frühstück</p> <p>9.00 Begrüßung/Einstieg in den Tag</p> <p>9.15 Braunschweiger Aufruf „Zur Relevanz von Sozialer Verteidigung heute“</p> <p>10.15 Fazit der Tagung, Feedback-Runde</p> <p>11.00 Mitgliederversammlung des BSV – Gäste sind willkommen!</p> <p>13.00 Mittagessen und Abreise</p>
---	--	--

Anmeldung

Name _____	Ich möchte Übernachtung (inkl. Verpflegung):	Besondere Essenswünsche _____
Org. _____	<input type="radio"/> im Mehrbettzimmer 118,- €	Den Teilnahmebeitrag
Straße _____	<input type="radio"/> im 2-Bett-Zimmer 128,- €	<input type="radio"/> habe ich auf das Konto des BSV überwiesen,
Ort _____	<input type="radio"/> im Einzelzimmer 144,- €	<input type="radio"/> bezahle ich bar vor Ort.
E-Mail _____	<input type="radio"/> keine Übernachtung (exkl. Verpflegung) 20,- €	Ich nehme zur Kenntnis, dass bei einer Absage nach dem 1. April mir der volle Teilnahmebeitrag in Rechnung gestellt wird.
<input type="checkbox"/> Ich melde mich verbindlich mit ___ Teilnehmer*innen zu der Tagung an:	<input type="checkbox"/> Falls die gewünschte Art des Zimmers nicht zur Verfügung steht, bin ich auch mit einer Unterbringung in einer anderen Art des Zimmers einverstanden. (Wir werden versuchen, alle Wünsche zu berücksichtigen, aber alle Arten von Zimmern stehen nur in beschränkter Zahl zur Verfügung.)	Eine Kinderbetreuung wird bei Bedarf angeboten. (Bitte bei der Anmeldung nachfragen.)
Anreise am ___ April um ___ Uhr,		
Abreise am ___ April um ___ Uhr.		
<input type="checkbox"/> Ich nehme an der Mitgliederversammlung teil.		

 Datum, Unterschrift